

meinden. Der sozialistische Staat fördert deren Entwicklung im Rahmen seiner Gesamtpolitik. Die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe hat große gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung. So werden durch die örtlich geleiteten Baubetriebe 73 Prozent der Bauproduktion der DDR erbracht. In der bezirksgeleiteten Industrie werden unter anderem 37 Prozent aller Konsumgüter produziert sowie 25 Prozent der Lebensmittel. Nahezu die gesamte landwirtschaftliche Produktion wird durch die örtlichen Staatsorgane geleitet. Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe verwalten 37,5 Prozent des volkseigenen Grundfonds. Die gewachsene Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger spiegelt sich in dem seit 1973 erheblich gewachsenen Haushaltsvolumen wider. Es stieg von 19,8 Milliarden Mark 1973 auf 31,6 Milliarden Mark 1978, das heißt, auf 160 Prozent.

So wird jede Gemeinde, jede Stadt und jeder Kreis in der Lage sein, den Wählern eine interessante Bilanz aufzumachen. Interessant — das heißt nicht allein Zahlenmaterial, sondern auch Gegenüberstellungen am Detail, Vergleiche zu früheren Jahren, Ausstellungen, Dokumentationen. Persönliche Erlebnisse und Begebenheiten der Bürger sollten darin einfließen. Daran wird deutlich, wie sich die Gesamtbilanz im Leben und Entwicklungsweg jedes Bürgers widerspiegelt. Es wird sichtbar, was vielleicht schon in Vergessenheit geraten ist, was heute selbstverständlich ist, was vor Jahren meist nur unter großen Mühen und durch die Mithilfe vieler Bürger entstehen konnte. Solche Bilanzen regen zum Nachdenken und zum Mitdenken an, wecken den Stolz auf Erreichtes, wecken und lösen neue Impulse für die Lösung der Planaufgaben 1979. So gilt es, die Verbundenheit der Bürger zu ihrer engeren Heimat und für die Stärkung des sozialistischen Vaterlandes zu fördern. Sie ist eng verknüpft mit sozialistischem Patriotismus und proletarischen Internationalismus. Sie erwächst aus dem Stolz über gemeinsam Geschaffenes und wird durch die sozialistische Demokratie in der Heimatstadt oder -gemeinde gefestigt.

Die Wahlbewegung macht deutlich: Von der Qualität der Arbeit der Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, von ihrer Initiative hängt maßgeblich ab, wie in den Städten und Gemeinden unter aktiver Mitwirkung der Bürger die Hauptaufgabe erfüllt wird, ob und wie sich die Bürger im täglichen Umkreis ihres Lebens wohl fühlen.

Die neuwählenden Abgeordneten sind Vertreter ihrer Wähler und Repräsentanten unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie finden volle Unterstützung ihrer Partei- und Arbeitskollektive. An sie werden hohe Anforderungen gestellt, die ihre politische Reife, ihre Standhaftigkeit und ihr Klassenbewußtsein betreffen. Nicht minder wichtige Kriterien sind die Persönlichkeitsentwicklung, das Bildungsniveau und das Vertrauensverhältnis zu allen Schichten der Bevölkerung.

Insgesamt werden für die zu wählenden Volksvertretungen mehr als 230000 Kandidaten aufgestellt — eine höhere Anzahl als bei vergangenen Kommunalwahlen. Damit kann jeder Wohnbezirk in den Städten und jeder Ortsteil einer Gemeinde mit einem Abgeordneten in der Volksvertretung vertreten sein.

Auch in der Anzahl der Abgeordnetenmandate erweist sich die Überlegenheit der sozialistischen gegenüber der bürgerlichen Demokratie. In der BRD wurde durch eine Gebietsreform die Zahl der Gemeinden von insgesamt 22550 im Jahre 1970 auf gegenwärtig 8550 reduziert. Auf kommunaler Ebene sind nur noch etwa 164000 Abgeordnete tätig. Dagegen wirken in der DDR bei rund einem Drittel der Bevölkerungszahl und 7587 Gemeinden zur Zeit 194000 Abgeordnete. Diese Zahl wird sich am 20. Mai 1979 weiter erhöhen. Die Mehrzahl der Abgeordneten kommt aus der materiellen Produktion, sie lebt und arbeitet unmittelbar im werktätigen Volk. Alle Schichten, Berufs- und Altersgruppen, Frauen und Jugendliche sind vertreten.

Im Verlauf der Wahlvorbereitungen sollen unsere Wähler ihre Kandidaten kennenlernen. Um dies zu erreichen, werden alle Kandidaten vor ihrer No-

Stolz auf das
Erreichte weckt
neue Initiative

Abgeordnete
repräsentieren
unseren Staat